



17. April - Tag der palästinensischen Gefangenen Solidarität mit politischen Gefangenen im Hungerstreik

Am 17. April jeden Jahres gedenkt das palästinensische Volk weltweit den gefangenen Palästinenser und Palästinenserinnen, welche in israelischen Gefängnissen inhaftiert sind. Ihr Verbrechen: Widerstand gegen ihre Vertreibung, Teilnahme an Demonstrationen, politische Aktivität in Bürgerrechtsbewegungen.

Viele der Gefangenen unterliegen der sogenannten Administrativhaft: weder wissen sie, weshalb sie festgenommen worden sind, noch wie lange sie im Gefängnis sitzen müssen. Oftmals gibt es keine ersichtliche Gründe, weshalb die palästinensischen Häftlinge in der **Administrativhaft** sitzen. Sie wird auch willkürlich vom Militär - ohne Gerichtsverfahren, ohne anwaltlichen Beistand - verlängert. Nicht selten befinden sich Gefangene länger als 2 Jahre in Haft - **ohne Anklage, ohne Urteil**, einfach so.

Seit Anfang April befinden sich schätzungsweise 300 politisch verfolgte Palästinenser, welche zu Unrecht inhaftiert sind, in einem Hungerstreik. Ihren Forderungen u. a. nach besseren Haftbedingungen möchten sie mit diesem Streik Nachdruck verleihen.

Zu den wichtigsten Forderungen zählen ...

- 1) Angehörige von Gefangenen aus Gaza verlangen Besuchserlaubis für ihre Familien. Dies wird bis heute verweigert.
- 2) Telefonkontakte der Gefangenen mit ihren Angehörigen, ein Ende der Isolationshaft.
- 3) eine ausreichende, medizinische Versorgung,
- 4) eine Justiz, bei der für alle Personen das gleiche Recht gilt.

Diese Forderungen sind laut internationalem Recht legitim und rechtmäßig. Sie müssten anerkannt und umgesetzt werden. Israel kümmert sich weder um das *nationale Recht* der Inhaftierten noch um **das internationale Recht**, welches den Gefangenen zustünde.

Nur internationaler Druck wird bewirken, dass Israel als Besatzungsmacht das internationale Völkerrecht anerkennt! Sanktionen sind notwendig, damit die israelische Regierung das Recht des palästinensischen Volkes auf Freiheit und Selbstbestimmung anerkennt.

Wir fordern die Mitgliedstaaten der EU und insbesondere die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, jegliches Wegschauen gegenüber den unzähligen völker- und menschenrechtlichen Verletzungen Israels zu beenden. Außerdem fordern wir das Ergreifen verbindlicher Maßnahmen gegenüber dem Staat Israel, einschließlich der Aussetzung des „EU - Israel - Assoziierungsabkommens“. Letztendlich fordern wir die Beendigung der militärischen Zusammenarbeit, bis Israel seine völkerrechtswidrige Politik beendet.

- Freiheit für die palästinensischen Gefangenen!
- Schluss mit den illegalen Siedlungen und der Besatzung der Westbank!
- Abriss aller Mauern und Zäune in der Westbank und die Beendigung der Belagerung Gazas!
- Vollständige Gleichberechtigung der arabisch palästinensischen Bürger Israels!
- Anerkennung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat!

Wir möchten mit unserer Kundgebung auf das Schicksal von 6500 palästinensischen Gefangenen, darunter vielen Kinder und Frauen aufmerksam machen.

Wir bitten um Unterstützung unserer Forderungen in jeglicher, ausschließlich friedlicher Form. Unsere Kundgebung zur Darstellung unserer Forderungen findet statt am Samstag den 20.04.2019, von 15 - 17 Uhr auf dem Vorplatz zur Herz-Jesu-Kirche, Am Löhrrondell 1a, 56068 Koblenz.